

## **8. Kreislaufwirtschaft am Bau**

Antrag des Regierungsrates vom 25. Oktober 2023 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 22. Oktober 2024

KR-Nr. 413a/2021

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB):* Das Postulat von Sonja Rueff-Frenkel und Mitunterzeichnenden verlangte einen Bericht über die Kreislaufwirtschaft bei den Liegenschaften des Kantons und eine allgemeine Auslegeordnung zur Förderung der Kreislaufwirtschaft, und zwar für Neubauten und bei Renovation und Instandstellungsbedarf. Die Erstunterzeichnerin hat die Gelegenheit wahrgenommen und ihr Anliegen in der KPB vorgestellt.

Der Bericht der Regierung zeigt umfassend auf, welche Anstrengungen der Kanton im oben bezeichneten Bereich der Kreislaufwirtschaft unternimmt. Es wurden die Pilotprojekte im Bau, wie beispielsweise das Provisorium der Kantonsschule Uster, vorgestellt, für welches offenbar ein grosser Anteil an wiederverwendbaren Bauteilen bereitgestellt wird. Als kleinformatiger Ansatz konnte das Projekt «Re-Collection» vorgestellt werden, bei welchem Möbel, die wegen der Digitalisierung nicht mehr gebraucht werden, dank Zerlegung und Wiederaufbau in einem anderen Umfeld ein zweites Leben erhalten. Und bei der Marktakzeptanz von Recyclingbeton erwies sich dessen Verwendung bei kantonalen Bauten als wichtiger Faktor.

Grundsätzlich gibt es bezüglich Kreislaufwirtschaft auch beim Bau verschieden stark wirksame Hebel. Eine entscheidende Rolle bei der Materialschonung nimmt dabei das Bauen im Bestand ein, planerisch ist dieses allerdings eine grosse Herausforderung. Der Kanton Zürich hat zudem mit der «Charta Kreislaforientiertes Bauen» einen Zusammenschluss der wichtigsten Bauherrschaften der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft diesbezüglich gegeben. Es soll mehr Kreislaufwirtschaft nachgefragt werden, wobei möglichst früh im Projekt die entsprechenden planerischen Grundlagen geschaffen werden müssen. Dies wurde in der KPB, wie auch die Festsetzung von verbindlichen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten beim Bau kantonalen Liegenschaften, besonders lobend erwähnt.

Neben den erfreulichen Aspekten des Berichts sei auch noch erwähnt, dass der finanzielle und planerische Initialaufwand, um die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, vor allem im Bau nicht zu unterschätzen ist. Weil sich die KPB mit den ausführlichen Antworten des Postulates durch den Regierungsrat, aber auch mit den Anstrengungen des Kantons für die Kreislaufwirtschaft generell zufrieden zeigte, konnte die Beratung nach zwei Sitzungen abgeschlossen werden. Die Kommission für Planung und Bau beantragt Ihnen einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich):* Das FDP-Postulat – wir haben es gehört – hatte die Abfälle der Bauwirtschaft, ihre graue Energie und die hohen CO<sub>2</sub>-

Teilprotokoll – Kantonsrat, 92. KR-Sitzung vom 24. Februar 2025

Emissionen zum Gegenstand. Um diese zu reduzieren, sollen Baumaterialien und Mobiliar vermehrt wiederverwendet und damit die Kreislaufwirtschaft gefördert werden. Damit sollen Baumaterialien generell reduziert, länger verwendet, wiederverwendet, getrennt oder recycelt werden. Wir wollten wissen, welche planerischen, rechtlichen, systemischen und digitalen Voraussetzungen zu erfüllen sind, damit das Prinzip der Kreislaufwirtschaft effizient verwirklicht werden kann.

Das Postulat stiess beim Regierungsrat auf offene Ohren, und der Bericht zeigt sehr gut auf, was in Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft am Bau bereits aufgegleist und noch weitergeplant ist. Zufrieden nehmen wir zur Kenntnis, dass zum Beispiel die Nachhaltigkeitsaspekte beim Mobiliar neu berücksichtigt werden. Das Prinzip wird somit auch dort angewendet.

Ein wichtiger Aspekt sind die Kosten: Der Regierungsrat führt aus, dass die erwähnten Massnahmen zu höheren Bau- beziehungsweise Investitionskosten führen können. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass diese durch die längere Lebensdauer ganzer Gebäude und Materialpreis-Teuerungen in vielen Fällen kompensiert werden können.

Lobenswert ist für uns auch die Charta, welche im Juni 2023 von den zwölf grössten privaten und öffentlichen Bauherrschaften der Schweiz unterzeichnet worden ist. Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Privatwirtschaft beschleunigt den Prozess der Kreislaufwirtschaft bestimmt.

Wir möchten abschliessend noch zu bedenken geben, dass insbesondere das Arbeiten im Bestand eine grosse planerische Herausforderung ist, vor allem, weil eben dort Einzelfalllösungen gefordert sind. Starre Normen werden daher in diesem Bereich nicht sinnvoll sein.

Wir danken aber dem Regierungsrat für den ausführlichen und praxisorientierten Bericht und sind einverstanden mit der Abschreibung des Postulats.

*Peter Schick (SVP, Zürich):* Vorneweg, auch die SVP stimmt der Abschreibung zu. Der Bericht des Regierungsrates ist sehr umfangreich. Man sieht jetzt auf einen Blick, wie der Kanton beim Bauen umweltfreundlich oder, besser gesagt, möglichst CO<sub>2</sub>-arm unterwegs sein will. Es sind sehr viele Punkte, Massnahmen, die er einhalten will und muss. Da muss man sich auch nicht wundern, wieso der Kanton immer teurer baut. Seine Bauten sollen nach ihm Vorzeigeprojekte sein, bezahlen tut es aber der Steuerzahler. Ein speziell erwähnter Punkt ist der von Vermeidung und Reduzierung des Raumbedarfs. Es ist schon so, dass man – da muss man kein Studierter sein –, wenn man den Flächenbedarf reduziert, sehr viel Energie und Ressourcen schont. Der Regierungsrat erwähnt aber auch, dass dies eine grosse Herausforderung ist und schon früh in der Planung von Bauten bei den Benutzern anfängt. Man kann auch sagen: Wir leben auf grossem Fuss. Sich auf kleinen Flächen zu bewegen, das macht freilich fast keiner. Mal sehen, wie der Kanton in diesem Punkt weitergehen wird.

Siehe da, es wird im Bericht erwähnt, dass die erwähnten Massnahmen etwas kosten werden. Es führt zu höheren Bau- beziehungsweise Investitionskosten. Was die SVP schon immer moniert hat, ist jetzt erwähnt. Es wird auch in die Glaskugel

geschaut und gehofft, dass, wenn immer mehr danach bauen, die Kosten sinken werden. Das wird ein Wunschziel bleiben. Fast 60 Prozent der Bauherren sind mittlere und kleine, und diese müssen auf das Geld schauen, damit am Ende noch etwas übrigbleibt. Bei den grossen privaten und öffentlichen Bauherren kann dies noch ankommen. Mit der «Charta Zirkuläres Bauen» hat der Kanton den Anfang gemacht ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)* Gut, dann drücke ich *(die Meldetaste für Redebeiträge)* nochmals *(Heiterkeit)*.

*Wilma Willi (Grüne, Stadel):* Als das vorliegende Postulat 2021 überwiesen wurde, war der Regierungsrat bereits sehr vorbildlich unterwegs. Hier verweise ich zum Beispiel auf den Massnahmenplan Verminderung von Treibhausgasen RRB (*Regierungsratsbeschluss*) 920 von 2018. Seit der Annahme des Gegenvorschlags zur kantonalen Kreislaufinitiative durch die Zürcher Stimmbevölkerung am 25. September 2022 wurde ein neuer Artikel 106a in die Zürcher Kantonsverfassung aufgenommen. Dieser zielt darauf ab, dass der Kanton und die Gemeinden günstige Rahmenbedingungen für den schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern sowie für die Schliessung von Stoffkreisläufen schaffen. Zudem sollen sie Massnahmen zur Vermeidung von Abfällen sowie zur Wiederverwendung und stofflichen Verwertung von Materialien und Gütern treffen. Auf der Webseite der Baudirektion wurde im April 2024 ein umfassendes Strategiepapier publiziert. Mit der Strategie setzt sich der Kanton Zürich die folgenden drei Ziele: Rohstoffe, Materialien und Güter schonend und effizient nutzen, die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons mit einer kreislauffähigen Wirtschaft erhöhen, Abfälle vermeiden und saubere Kreisläufe gewährleisten. Wir danken der Baudirektion für die zielführende Arbeit. Mit dem Konzept der Kreislaufwirtschaft nach den Grundsätzen «Reduce», «Reuse», «Repair» und «Recycle» sind wir auf einem vielversprechenden Weg, um einen sparsamen Materialeinsatz zu fördern. Wir danken wirklich für die zielführende Arbeit, obwohl diese eine planerische Herausforderung darstellt, weil zum Beispiel zuerst eruiert werden muss, welche Bauteile wiederverwendet werden können. Der Kanton Zürich ist somit sehr gut unterwegs. Wir schreiben ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon):* Die GLP möchte der Regierung sehr danken für die ausführliche Antwort. Das Bauen ist ein grosser Hebel bezüglich der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, aber eben auch bezüglich des Deponiebedarfs. Und diesen werden wir ja sicher in der Vernehmlassung zur laufenden Richtplanrevision auch in allen Parteien diskutieren. In diesem Sinne finden wir es auch gut, dass der Regierungsrat gesagt hat, «wir möchten unsere Vorbildwirkung hier entfalten und hier vorangehen». Es braucht diesen Proof of Concept, und es ist richtig und wichtig, dass der Regierungsrat dies macht. Es wird aber noch mehr brauchen. Es wird auch veränderte Planungs- und Bewilligungsverfahren brauchen und es wird Anreize brauchen, zum Beispiel eine teurere Entsorgung vom Bauschutt. Denn wenn wir das nicht ändern und das Fortschmeissen nach wie vor das Billigste ist, wird es einfach nicht funktionieren. In diesem Sinne sind wir für Abschreibung des Postulates.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch):* Der Regierungsrat konnte in seinem ausführlichen Bericht sehr verständlich darlegen, dass er die Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen insbesondere durch die Prinzipien «Reduce», «Reuse», «Repair» und «Recycle» unterstützt. Diese Ansätze verringern den Verbrauch von Primärrohstoffen und reduzieren CO<sub>2</sub>-Emissionen. Im Bewusstsein der Verantwortung und der Vorbildwirkung sollen kantonale Immobilien ressourcen- und umweltschonend genutzt werden. Der Kanton setzt auf langfristige Effizienz durch Wiederverwendung, Aufwertung und Reparatur von bestehenden Immobilien. Zukünftige Bauprojekte sollen eine hohe Flexibilität und Demontierbarkeit bieten, um eine spätere Wiederverwendung von Bauteilen zu ermöglichen. Weiter prüft der Kanton die gesetzlichen Anpassungen, um die Kreislaufwirtschaft weiter zu stärken, und fördert Innovationen im Bauwesen. Die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft kann anfangs zwar höhere Baukosten verursachen, langfristig können diese jedoch durch die längere Lebensdauer der Gebäude und Materialeinsparungen ausgeglichen werden. Das Ziel der Kreislaufwirtschaft am Bau ist, zusammengefasst, den Lebenszyklus der Produkte zu verlängern. Der Kanton Zürich arbeitet in dieser Hinsicht vorbildlich. Das Postulat wird die Mitte mit gutem Gewissen abschreiben. Merci.

*Andrew Katumba (SP, Zürich):* Ich habe eine Rede vorbereitet. Diese werde ich jetzt aber nicht recyceln, sondern im Prinzip meine Gedanken, die hier zusammengetragen wurden, erneut ein bisschen reflektieren. Peter Schick hat gesagt, das Bauen werde teurer, wenn man konsequent entsprechend die Materialien wiederverwenden möchte. Warum wird es teurer? Weil die Architekten Denkarbeit leisten müssen. Sie müssen beim Bau der Gebäude überlegen: Wie können die Gebäude, die ich heute baue, morgen entsprechend wieder sauber getrennt werden? Heute gibt es leider in der Bauwirtschaft Materialien, die verklebt sind, Materialien, die verbunden sind, und das macht es dann auch für das Recycling wirklich schwieriger. Das heisst, es wird wahrscheinlich in Zukunft auch anders gebaut werden müssen, wenn wir die Kreislaufwirtschaft ernstnehmen; das ist das eine. Das andere ist aber auch: Wir haben jetzt eine hübsche Charta für das zirkuläre Bauen. Und wenn man auf der Website ist, dann sieht man etliche Firmen, die das so lobpreisend unterstützen. Das ist eine gute Marketingplattform, aber letztendlich zählen die harten Fakten und Resultate. Und ich möchte hier behaupten, dass wir mit einer Charta allein diese Klimaziele nicht erreichen können, solange die Rohstoffe und der Beton so günstig sind, solange wir, die Privatwirtschaft, entsprechend auch schauen, wo das Material günstig zu beschaffen ist. Da ist halt einfach das Portemonnaie am nächsten, das heisst: Wenn wir hier einen Schritt weitermachen möchten, dann kommen wir um eine CO<sub>2</sub>-Steuer nicht herum. Einfach das gebe ich zu bedenken.

*Peter Schick (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte noch auf Andrew Katumba antworten: Wenn alles in diesem Bericht umgesetzt wird, dann werden die Bauten, wie ich erwähnt habe, teurer. Und das kann sich im Moment noch der

Kanton leisten. Aber die Privaten, wie ich erwähnt habe, die übrigen 60 Prozent, das sind kleinere Bauherren. Sie können sich das schlichtweg nicht leisten, weil sie das Geld nicht haben.

Der Bericht zeigt auch auf, dass man in vielen Punkten noch am Anfang steht und auch das Verzichten gelernt werden muss. Das ist die grosse Frage: Wer verzichtet gerne? Man darf jetzt nicht auf einmal alles umsetzen. Am Ende des Tages wollen alle bezahlbare Wohnungen, Büroräume und auch Baumaterialien haben.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Es wird jetzt viel über Kosten, über Möglichkeiten geredet, aber auch über Hirnschmalz, der bei der Planung verbraucht werden muss, über CO<sub>2</sub>-Preise und so weiter. Ich denke, ein weiteres Argument für Kreislaufwirtschaft insbesondere auch am Bau, das ich heute nicht gehört habe, wäre, dass wir cradle to cradle machen und schauen, dass die Rohstoffe, die wir im Kanton brauchen, im Kanton wiedergenutzt werden, wenn sie für die Primärnutzung nicht mehr gebraucht werden, dass dies auch unsere Resilienz stärkt. Das heisst, wir werden unabhängiger. Wir werden unabhängiger von ausländischen Materialimporten, wir werden unabhängiger von ausländischen Energieimporten und so weiter, und das ist in der heutigen Zeit durchaus wichtig. Und je früher wir uns darauf vorbereiten, desto eher kann es uns in den nächsten Jahren zugutekommen, dass wir im Grunde genommen darauf vorbereitet sind, dass wir zum Beispiel bei einer veränderten Weltlage darauf vorbereitet sind, dass wir unsere Rohstoffe, die wir im Land haben, so effizient nutzen und zum Teil eben auch wiedernutzen, wie es nur geht. Ich denke, das verschafft uns Unabhängigkeit und das verschafft uns auch einen Vorteil.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

**Das Postulat KR-Nr. 413/2021 ist abgeschrieben.**

Das Geschäft ist erledigt.